



Dokumentation

Zur Diskussion des Afghanistan-Einsatzes im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenzen 2005 - 2009



Zur Diskussion des Afghanistan-Einsatzes im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenzen 2005 - 2009

Verfasser/in: [REDACTED]
Aktenzeichen: WD 2 – 3000 - 021/10
Abschluss der Arbeit: 4. Februar 2010
Fachbereich: WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Telefon: [REDACTED]

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Die Afghanistan-Diskussion im Rahmen der Sicherheitskonferenzen 2005-2009	4
2.1.	Beiträge auf der Sicherheitskonferenz 2009	4
2.2.	Beiträge auf der Sicherheitskonferenz 2008	7
2.3.	Beiträge auf der Sicherheitskonferenz 2007	8
2.4.	Beiträge auf der Sicherheitskonferenz 2006	9
2.5.	Beiträge auf der Sicherheitskonferenz 2005	10
3.	Quellen	11

1. Einleitung

Zu den wiederkehrenden Schwerpunkten der Münchner Sicherheitskonferenz gehört seit 2002 der Einsatz der NATO in Afghanistan. Um einen Überblick über die Diskussion zu geben, werden im folgenden Beiträge von Konferenzteilnehmern aus den Jahren 2005 - 2009 jeweils in kurzer Zusammenfassung dokumentiert.¹ Dabei wird deutlich, dass sich die Einschätzung der militärischen Lage und der Aussicht, Afghanistan auf militärischem Wege zu befrieden, im Fortgang der Konferenzen seit 2005 gewandelt hat. Das gilt auch für die Bewertung der Fortschritte hinsichtlich der Korruptionsbekämpfung, dem Auf- und Ausbau der staatlichen Institutionen und der Bekämpfung des Drogenanbaus. Während 2008 der amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates noch von einem „Zurückdrängen der Taliban“ spricht, lässt General David Patraeus bereits 2009 keinen Zweifel, dass die Allianz in Afghanistan vor wachsenden Problemen stehe, denen nur auf der Grundlage eines kombinierten Ansatzes aus militärischer Präsenz und zivilem Wiederaufbau begegnet werden könne. Demgegenüber macht der afghanische Präsident Hamid Karzai 2009 deutlich, dass die Bedrohung durch die Taliban auch künftig einer „primär militärischen“ Antwort bedürfe, wobei jedoch auch er erkennen lässt, dass in Afghanistan nicht nur militärisch agiert werden könne: So gelte es, vermehrte Anstrengungen für den innerafghanischen Aussöhnungs- und Integrationsprozess, insbesondere jedoch die Wiedereingliederung von Talibankämpfern zu unternehmen - eine Einschätzung, der sich General Patraeus ausdrücklich anschließt.

Zu den im Rahmen der Konferenzen wiederkehrend erhobenen Forderungen gehören außerdem der Ruf nach verstärkten Anstrengungen bei der Ausbildung und Ausrüstung der afghanischen Polizei und Armee, der schrittweisen Übergabe von mehr Verantwortung an die afghanische Regierung, einer verbesserten Zusammenarbeit der Allianz untereinander und mit den afghanischen Behörden sowie - immer wieder - nach einem umfassenden zivil-militärischen Ansatz.

2. Die Afghanistan-Diskussion im Rahmen der Sicherheitskonferenzen 2005-2009

2.1. Beiträge auf der Sicherheitskonferenz 2009

Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung weist auf die Bedeutung einer neuen Strategie der Nato hin. Allein militärisch sei der Erfolg nicht zu erreichen. Vielmehr müsse der Londoner „Afghanistan Compact“ von 2006 umgesetzt werden: Dieser umfasse Sicherheit, wirtschaftliche Entwicklung und eine verantwortungsbewusste Regierungsführung. Zwar habe das Bündnis viele Erfolge vorzuweisen: So gebe es eine Verfassung, ein gewähltes Parlament sowie wesentliche Verbesserungen im Bildungsbereich und im Gesundheitssystem. Allerdings müsse die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte noch verbessert werden. Der militärische Aufwand des Bündnisses sei angesichts der Zahl der Talibankämpfer (ca. 1.500) ausreichend, neben einer ver-

¹ Zugrunde gelegt wurden die auf der Internetseite der Münchner Sicherheitskonferenz veröffentlichten Redebeiträge einzelner Teilnehmer, sofern diese in schriftlicher Form vorliegen. Sogenannte „Audiobeiträge“ wurden nicht berücksichtigt. Die Dokumente sind überwiegend in englischer Sprache gehalten. Der deutschen Zusammenfassung liegt keine autorisierte Übersetzung zugrunde.

stärkten Zusammenarbeit mit Pakistan bei der Grenzsicherung müsse daher vor allem der zivile Wiederaufbau im Vordergrund stehen. Wichtig sei zudem, zivile Opfer bei militärischen Operationen zu vermeiden, da dies sonst den Einsatz bei den Bevölkerungen der Bündnispartner delegitimiere und die Taliban mittelbar stärke.

General James Jones Nationaler Sicherheitsberater der USA, führt aus, dass der Einsatz in Afghanistan eine große Herausforderung für die Allianz darstelle. Es handele sich nicht um ein amerikanisches, sondern ein internationales Problem und dürfe daher nicht in einem Fehlschlag enden. Die NATO müsse vor allem flexibler werden.

Der afghanische **Präsident Hamid Karzai** betont die positiven Entwicklungen, die sein Land bisher erfahren habe: Durch die Partnerschaft mit der internationalen Gemeinschaft habe sich das afghanische Volk von Unterdrückung, Krieg und Terrorismus befreien können, großes wirtschaftliches Potential freigesetzt und die öffentlichen Einrichtungen wiederbelebt. Jedoch habe es auch große Rückschläge gegeben sowohl aufgrund eigener Fehler als auch aufgrund der Bedrohungsstruktur. So gebe es immer noch große Probleme im Land: Es sei nach wie vor eines der ärmsten Länder der Welt, die staatlichen Institutionen seien schwach und die Auswirkungen von Drogen, Korruption und Kriminalität überall spürbar. Größte Bedrohung sei jedoch immer noch die Existenz des internationalen Terrorismus. Er hoffe daher, dass die Allianz unter der Führung der USA ihren Einsatz bekräftige und erneuere - einen Einsatz, der wegen der Art der Bedrohung weiterhin primär militärischer Natur sein müsse. Er begrüße daher die Entsendung weiterer US-amerikanischer Truppen in sein Land. Die Effizienz militärischer Aktionen müsse jedoch in einzelnen Bereichen gesteigert werden. Zudem müsse die Übergabe des Sicherheitssektors an afghanische Kräfte beschleunigt werden. Allerdings dürfe nicht nur militärisch agiert werden. Vielmehr böten die anstehenden Wahlen eine Möglichkeit, die Politik der Aussöhnung und Stabilisierung Afghanistans voranzutreiben. Dies ginge einher mit den fortlaufenden Bemühungen seiner Regierung, funktionierende staatliche Einrichtungen anbieten zu können und so das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Die Bemühungen um eine verstärkte Regierungspräsenz auf regionaler Ebene hätten das Verantwortungsbewusstsein und die Effizienz der Gouverneure in den Provinzen verbessert. Auch die Maßnahmen der Regierung gegen Drogenanbau und -handel sowie zur Korruptionsbekämpfung zeigten Erfolge. Die terroristische Gefahr in seinem Land werde dennoch „sustained by an elaborate, politically embedded infrastructure, involving a complex network of state entities, political parties, sanctuaries and training bases“, das auf viele von Armut und mangelnder Bildung betroffene junge Männer zurückgreifen könne. Die immer größer werdende Terrorismusgefahr betreffe nicht nur Afghanistan, sondern auch andere Staaten der Region, insbesondere die demokratischen Nachbarn Pakistan und Indien. Afghanistan stehe daher zu Recht weiterhin ganz oben auf der Liste globaler Sicherheitsfragen.

Der pakistanische **Außenminister Makhdoom Qureshi** stellt die Verknüpfung von pakistanischer und afghanischer Sicherheit fest. Er führe das gegenwärtige Sicherheitsproblem auf die Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion sowie die vorsätzliche Instrumentalisierung religiöser afghanischer Kräfte durch den Westen zurück. Das nach dem sowjetischen Rückzug 1989 verbliebene Machtvakuum sei durch die später von Al-Quaida unterwanderten Taliban ausgefüllt worden. Diese Entwicklungen hätten sich auch auf Pakistan ausgewirkt, das gegenwärtig die weltweit größte Zahl von Flüchtlingen beherberge. Trotz signifikanter Verbesserungen sei die Gefahr des Terrorismus auch sieben Jahre nach Beginn des Kampfes noch präsent und werde ständig komplexer, nicht zuletzt durch andere Konflikte wie den im Irak oder den Nahostkonflikt. Die Strategie des internationalen Einsatzes in Afghanistan in Frage stellend, weist der Au-

ßenminister auf die hohen menschlichen und materiellen Verluste Pakistans hin und macht Vorschläge zur Verbesserung der Situation. Diese beinhalten eine Strategieänderung der NATO hin zu einem stärker regionalen, nicht rein militärischen Ansatz. Dabei dürften regionale kulturelle Besonderheiten nicht außer Acht gelassen werden. Zudem müssten der Drogenanbau eingedämmt und die internationale Koordination auf diesem Gebiet verbessert werden.

General David H. Patraeus Kommandeur des US-Central Command, betont die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Terrorismus. Trotz einiger Verbesserungen habe sich in den letzten Jahren die Gewalt verstärkt, afghanische Regierungseinrichtungen würden von der Bevölkerung nicht anerkannt, Korruption und Drogenhandel hätten zugenommen. Auch der Ausbau der afghanischen Polizei gestalte sich schwierig. Patraeus weist darauf hin, dass nur ein kombinierter Ansatz aus militärischer Präsenz und zivilem Wiederaufbau Erfolg haben könne. Um die Abwärtsspirale des Landes zu unterbrechen, seien sowohl mehr Soldaten als auch mehr ziviles Personal notwendig. Außerdem müsse die Kommunikation zwischen diesen sowie mit den afghanischen Behörden verbessert werden. Im Hinblick auf die anstehenden Wahlen sollten einige der Mitglieder der Allianz ihre Möglichkeiten, zusätzliche Truppen stellen zu können, noch einmal überprüfen. Patraeus zählt auf, welches zivile Personal und welche zivilen Einrichtungen dringend benötigt werden, und lobt dabei die deutsche Selbstverpflichtung hinsichtlich der Polizeiausbildung. Größere finanzielle Unterstützung Afghanistans, vor allem der Armee und des „Law and Order Trust Funds“ sei notwendig. Auch hier lobt er die deutsche Ankündigung weiterer Zahlungen. Besonders wichtig sei es jedoch, gute Beziehungen mit der afghanischen Bevölkerung zu pflegen. Dies erfordere Respekt im Umgang, Ausbildung von Verständnis für die lokalen Strukturen sowie Rücksprache mit den jeweilig lokal Verantwortlichen bei allen Aktionen der Allianz. Es müsse zudem mehr Wert auf die Wiedereingliederung derjenigen Afghanen und Taliban-Kämpfer gelegt werden, die sich integrieren ließen, statt sich nur auf die Verfolgung der Unbelehrbaren zu konzentrieren. Einmal militärisch befreite Gebiete dürften von den Truppen nicht mehr verlassen werden, um der Bevölkerung nicht das Gefühl zu geben, sie im Stich zu lassen. Wichtig sei außerdem, dass die Soldaten die Werte der Allianz verkörperten und nach ihnen handelten. Zudem müsse es die Allianz sein, die als erste Nachrichten und Informationen über die Presse verkünde, um von den Taliban erfundenen Gerüchten zuvorzukommen. Integrität bezüglich Werten und Informationen sei es, was die Allianz vom Feind unterscheide. Schließlich dürfe nicht vergessen werden, dass Afghanistan sich sehr verändert habe in den letzten Jahren. Die Allianz müsse also lern- und anpassungsfähig bleiben.

Nach **Botschafter Richard C. Holbrooke**, dem amerikanischen Sondergesandten für Afghanistan und Pakistan, stehe Afghanistan ein langer Einsatz bevor, der sowohl mehr militärische als auch mehr zivile Ressourcen benötigen werde als bisher eingesetzt würden. Die Situation in Afghanistan müsse mit einer regional ausgerichteten Strategie angegangen werden, dazu gehöre auch ein Schwerpunkt auf Pakistan. Pakistans Situation sei schwierig wegen der Kämpfe in den Stammesregionen an der Grenze zu Afghanistan und der immer schlechter werdenden ökonomischen Situation. Die junge und fragile Demokratie Pakistans benötige daher viel mehr internationale Hilfe und Unterstützung.

Der kanadische **Verteidigungsminister Peter MacKay** stellt drei zentrale Punkte heraus: Erstens benötige Afghanistan einen umfassenden Ansatz, bestehend aus einer Verbesserung der Sicherheit, die Voraussetzung für gute Regierungsführung und ökonomische Entwicklung sei. Es gebe keine rein militärische Lösung für das Land. Zweitens sei ein fester Zusammenhalt der Allianz unverzichtbar. Drittens sei eine Strategieänderung hin zu einem stärker regionalem Ansatz wich-

tig für den Erfolg der Mission. Dazu gehöre auch, die Nachbarn Afghanistans anzuhören und einzubeziehen.

Der amerikanische **Vizepräsident Joseph R. Biden** betont die Notwendigkeit einer engen Kooperation zwischen der afghanischen und der pakistanischen Regierung, sowie der NATO und dem strategischen Partner Russland. Afghanistan dürfe kein sicherer Hafen für Terroristen sein.

2.2. Beiträge auf der Sicherheitskonferenz 2008

Der amerikanische **Verteidigungsminister Robert Michael Gates** stellt heraus, dass die NATO in Afghanistan die Sicherheit der gesamten Allianz verteidige. In den letzten Jahren sei unter anderem klar geworden, dass instabile Regime und regionale Konflikte globale Auswirkungen hätten, dass aufgrund solcher Konflikte die ökonomischen und humanitären Probleme in der Region wüchsen und dass der Drogenhandel direkt mit der Finanzierung des internationalen Terrorismus verbunden sei. Heute befinde sich zahlreiches militärisches und ziviles Personal in Afghanistan, das nicht nur den Lebensstandard der Afghanen angehoben habe, sondern auch die Taliban militärisch zurückdränge. Allerdings müsse vor allem die nichtmilitärische Hilfe der Allianz besser koordiniert werden. Notwendig sei eine flexiblere Anwendung des „NATO Emergency Response Fund“, aus dem der zivile Aufbau unterstützt werden müsse. Ein umfassendes Engagement sei notwendig, das nicht nur die Anstrengungen der einzelnen Bündnispartner bündele, sondern auch militärische und zivile Ziele gleichermaßen verfolge. Eine Trennung zwischen militärischem und zivilem Vorgehen sei unrealistisch. Wichtig sei zudem, die nach wie vor vorhandene Bedrohung durch den internationalen Terrorismus sowohl in den jeweiligen Öffentlichkeiten der Bündnispartner, als auch weltweit deutlich zu machen. Nur so werde der Stellenwert des Einsatzes in Afghanistan erkannt und dessen Befürwortung auch künftig gesichert. Gelingen es jedoch terroristischen Gruppen, die Regierung Iraks, Afghanistans oder Pakistans zu stürzen, hätte dies fatale Folgen für die Welt. Neben dem zu erwartenden Chaos, in dem sich die Region in diesem Fall befände, würden Gewalt und Terrorismus, aus einem sicheren Hafen heraus operierend, weltweit zunehmen. Ziel müsse es daher sein, diese Bewegungen von Anfang an zu bekämpfen und ihre Fähigkeit, weltweit zuzuschlagen, zu zerstören. Beste Chance dafür sei der Einsatz in Afghanistan. Es dürfe nicht vergessen werden, dass in Afghanistan die Glaubhaftigkeit der NATO und ihre Abschreckungswirkung auch auf andere Terrororganisationen wie die Hisbollah oder Staaten wie den Iran auf dem Spiel stünden.

Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung führt aus, dass wegen der instabilen Sicherheitslage, der Drogenökonomie, dem schleppenden Wiederaufbau sowie der mangelnden Präsenz und Autorität der Regierung ein zivilmilitärischer Gesamtansatz notwendig sei. Es müssten klare Zielvorgaben formuliert werden und deren Umsetzung kontrolliert werden. Des Weiteren müsse die Einbindung der Nachbarstaaten gefördert werden. Mit dem Ziel selbsttragender Stabilität stelle Deutschland einen der größten Truppenteile, trage die Verantwortung in der Nordregion und unterstütze die ISAF landesweit mit besonderem Schwerpunkt auf der Ausbildung der afghanischen Polizei.

NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer weist darauf hin, dass es nicht nur in der Realität Fortschritte geben dürfe, sondern diese müssten auch in den Parlamenten und Öffentlichkeiten der Bündnispartner wahrgenommen werden. In Afghanistan gebe es derzeit zu wenig Material, zu wenig Personal und die afghanische Armee werde zu wenig ausgebildet. Dass diese durchaus in der Lage sei, Einsätze zu übernehmen, wenn sie gut ausgebildet und ausgerüstet ist, sei in der

Vergangenheit deutlich geworden. Je schneller eine einsatzfähige afghanische Armee bereit stehe, desto besser sei dies für alle Beteiligten. Dieses Ziel könne jedoch nur erreicht werden, wenn alle Bündnispartner auf der Grundlage einer verbindlichen Strategie zusammenarbeiteten. Gleiches gelte für das Verhältnis zur afghanischen Regierung. Es gehe darum, kritikfähig zu bleiben, zivile Opfer zu vermeiden und militärische Strategien anzupassen. Die öffentliche Unterstützung in den Bevölkerungen der Bündnispartner werde schwinden, wenn keine gemeinsame Basis mit der afghanischen Regierung gefunden werde, von der aus man operieren könne.

Der französische **Verteidigungsminister Hervé Morin** stellt fest, das militärische Vorgehen werde solange fruchtlos bleiben, wenn nicht im Anschluss an militärische Aktionen umfassende Maßnahmen vor Ort erfolgten. Die Lösung des Konfliktes könne nicht rein militärischer Art sein. Dies dürfe allerdings nicht bedeuten, in Afghanistan eine Demokratie europäischen Vorbilds zu schaffen. Vielmehr müssten die unterschiedlichen Kulturen des Landes bei einem gesamtstrategischen Ansatz besser berücksichtigt werden. Wesentliches Ziel sei ein stabiles Land in der Hand der Afghanen. Militärische Einsätze seien nur eine Komponente unter mehreren auf dem Weg dorthin.

Der polnische **Außenminister Radoslaw Sikorski** führt aus, dass Afghanistan heute eine realistische Aussicht auf Frieden und stabile Entwicklung habe und die internationale Gemeinschaft alles in ihrer Macht stehende tun müsse, um diesen Prozess zu unterstützen.

2.3. Beiträge auf der Sicherheitskonferenz 2007

Nach der Auffassung des **Bundesverteidigungsministers Franz-Josef Jung** macht Afghanistan deutlich, dass der Kampf gegen den Terrorismus nicht allein mit militärischen Mitteln zu gewinnen sei. Die afghanische Regierung könne nur durch militärische und zivile Hilfe erfolgreich unterstützt werden. Dazu gehörten die Herstellung von Sicherheit, Diplomatie und Dialog, Unterstützung beim Wiederaufbau sowie Hilfe zur Selbsthilfe. Es sei eine straffere und zielgerichtete Koordinierung der vielfältigen zivilen und militärischen Aktivitäten der Akteure des „Afghanistan Compact“ notwendig. Die ISAF dürfe nicht als Besatzungsmacht empfunden werden. Zwar habe die Bundeswehr in der Nordregion schon gute Erfahrungen gemacht, es gelte jedoch die zivilmilitärischen Maßnahmen noch besser zu verzahnen.

Senator John McCain zeigt sich überzeugt, dass vom Ergebnis des Einsatzes in Afghanistan auch die Zukunft der NATO abhängt. Die Situation in Afghanistan 2006 sei die schwierigste seit Beginn des Einsatzes gewesen. Gewalt, Anschläge und Verluste, die Wiederkehr der Taliban im Süden und im Osten des Landes sowie gegenseitige Schuldzuweisungen von afghanischer und pakistanischer Seite ließen befürchten, dass eine Mehrheit der afghanischen Bevölkerung künftig die Taliban und nicht mehr die afghanische Regierung unterstützen könnte. Eine erfolgreiche Strategie beinhalte daher sowohl militärische als auch zivile Einsätze. Dazu müssten nicht nur genug Truppen der Bündnispartner in Afghanistan stationiert, sondern auch die afghanische Armee unterstützt und ausgebildet werden. Schließlich eröffne die schrittweise Übergabe der Verantwortung an die afghanische Armee die Möglichkeit, eigene Truppen abzuziehen. Gleiches gelte für die Ausbildung der Polizei, die es dringend zu verbessern gelte. Darüber hinaus seien die Bekämpfung von Korruption und Drogenhandel sowie die Stärkung des Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Entwicklung von Bedeutung, ebenso wie die Notwendigkeit, die Rückzugsgebiete der Taliban in Pakistan einzuschränken.

Der amerikanische **Verteidigungsminister Robert Michael Gates** ist sicher, dass die Frühjahrsoffensive der NATO nach dem erfolgreichen letzten Jahr den Taliban eine schwere Niederlage beibringen werde. Es sei indes wichtig, dass der in Afghanistan errungene Erfolg nicht fahrlässig oder aufgrund mangelnden politischen Willens entgleite. Dafür müssten ausgeprägte militärische Maßnahmen mit einer effektiven Unterstützung der afghanischen Regierung, der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Kampf gegen den Drogenhandel verbunden werden. Notwendig seien Geld und Truppen. Ein Bündnis, das über zwei Millionen Soldaten - die der USA nicht eingerechnet - verfüge, sollte indes in der Lage sein, seine Aufgaben erfolgreich zu erledigen, zumal es keine Kontroversen bezüglich Rechtmäßigkeit, Notwendigkeit und Legitimität gebe.

Der **Außenminister der Tschechischen Republik Karel Schwarzenberg** weist darauf hin, dass die Nato und ihre Mitglieder mit dem ISAF-Einsatz wertvolle Erfahrungen sammelten und außerdem noch Frieden und Stabilität nach Afghanistan brächten. Ein Scheitern ihrer Anstrengungen wäre ein Zeichen von Schwäche und brächte terroristische Aktivitäten näher an die Grenzen der Allianz.

Der **stellvertretende russische Ministerpräsident und Verteidigungsminister Sergej B. Iwanow** erklärt, er stimme der Auffassung zu, dass militärische Mittel alleine nicht ausreichten, um Terror wirksam zu bekämpfen. Die internationale Gemeinschaft müsse daher gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um den Terror mit nichtmilitärischen Mitteln an seinen schwächsten Punkten zu treffen. Dies betreffe das Einfrieren finanzieller Mittel und die Rekrutierung neuer Terroristen. Es sei klar, dass der sich in politischer, ökonomischer und religiöser Hinsicht immer weiter vergrößernde Abstand zwischen den einzelnen Ländern ein Potential für die Entstehung von Terrorismus böte. Die internationale Gemeinschaft sollte sich daher nicht auf direkten, bewaffneten Kampf konzentrieren, sondern die Desintegration bekämpfen, die eine Folge der weltweiten ökonomischen und sozialen Veränderungen und der damit verbundenen Aufteilung der Welt sei. Aus den russischen Erfahrungen mit dem Terror in Tschetschenien könne er berichten, dass nicht nur militärische, sondern auch politische und ökonomische Maßnahmen notwendig seien, um erfolgreich zu sein.

2.4. Beiträge auf der Sicherheitskonferenz 2006

Bundeskanzlerin Angela Merkel weist darauf hin, dass die NATO in Afghanistan auf einem besonderen Prüfstand stehe. Zwar habe es große Fortschritte gegeben und die Aufbauarbeit verlaufe erfolgreich. Doch leisteten die Taliban noch immer Widerstand und testeten die Entschlossenheit der Allianz. Der Einsatz müsse daher ein Erfolg werden. Das Rezept dafür liege in einem ganzheitlichen Ansatz aus militärischen und zivilen Mitteln. Dazu gehöre auch die bisher eher unübliche Verknüpfung von militärischen Aktivitäten mit denen von Nichtregierungsorganisationen.

Der amerikanische **Senator John McCain** betont, dass die NATO in Afghanistan erfolgreiche Einsätze durchführe. Diese seien aber auch notwendig, um die Rückkehr eines vor dem September 2001 gescheiterten Staates zu verhindern.

Der amerikanische **Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld** erklärt, dass je mehr die NATO-Mission sich südwärts bewege, desto mehr Hilfe und Unterstützung müssten die Afghanen bekommen, um ihre junge Demokratie zu stärken.

Der britische **Verteidigungsminister John Reid** macht deutlich, wie stolz er auf die Aktivitäten der NATO in Afghanistan sei. Aus Erfahrung wisse man, welche Konsequenzen für die weltweite Sicherheit ein Scheitern des Einsatzes und ein Rückfall des Landes in die Talibanherrschaft habe. Nur durch die Aussicht auf einen besseren Lebensstandard könnten die Afghanen vor einer Rekrutierung für den Terrorismus bewahrt und in die Lage versetzt werden, sowohl die Terrorgefahr als auch den Drogenhandel erfolgreich zu bekämpfen.

2.5. Beiträge auf der Sicherheitskonferenz 2005

Bundeskanzler Gerhard Schröder zeigt sich überzeugt, dass die Präsidentschaftswahlen den nationalen Konsens in Afghanistan gefestigt haben und auch die geplanten Parlamentswahlen weiter zur Stabilität beitragen würden. Zwar sei die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft unverzichtbar, doch müsse den Afghanen auch schrittweise mehr Verantwortung übertragen werden. Deutschland werde seinen Bündnisverpflichtungen nachkommen und insbesondere im Norden Afghanistans weitere Verantwortung zu übernehmen.

Für die **CDU-Vorsitzende Angela Merkel** sind die Wahlen ein Erfolg und die Stabilisierung des Landes mache Fortschritte. Die Unterstützung dieses Prozesses durch ein britisches PRT in Kandahar sowie die Übernahme der britischen Mission in Masar-i-Sharif seien in deutschem Interesse und müssten geprüft werden. Notwendig seien vor allem genügend Ressourcen sowie ausreichend Sicherheit für die deutschen Soldaten.

Für **Senator John McCain** ist die transatlantische Kooperation nicht nur existentiell, sondern auch erfolgreich. Den Erfolg könne man in Afghanistan sehen, wo die Stabilität zugenommen habe, zwei Millionen Flüchtlinge zurückgekehrt seien und es außerdem eine ruhig verlaufene demokratische Revolution gegeben habe. Um die Kooperation jedoch weiter zu verbessern, sollten ISAF und Enduring Freedom unter dem Kommando der NATO vereint werden.

Der **stellvertretende iranische Außenminister Gholamali Khoshroo** stellt fest, dass die Konflikte in Afghanistan, Irak und Palästina gelöst werden müssten. In Afghanistan seien durch die Verabschiedung einer Verfassung und die Wahl eines Präsidenten bereits wichtige Meilensteine erreicht worden, allerdings müssten bestehende Sicherheitsrisiken noch überwunden werden. So seien die Taliban dabei, sich neu zu formieren und auch der Drogenanbau und -handel nehme trotz der Bemühungen der afghanischen Regierung nicht ab. Dies alles sei geeignet, den Wiederaufbauprozess in Afghanistan zu stören. Es sei daher dringend erforderlich, die afghanische Polizei und Armee ausreichend auszubilden und auszustatten.



3. Quellen

Jahr 2009

Franz-Josef Jung, Verteidigungsminister der **Bundesrepublik Deutschlands**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=268&

General **James Jones**, Nationaler Sicherheitsberater, **USA**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=259&

Präsident **Hamid Karzai**, **Afghanistan**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=260&

Makhdoom Qureshi, Aussenminister **Pakistans**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=261&

General **David H. Petraeus**, Kommandeur des US-amerikanischen Zentralkommandos, **USA**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=264&

Botschafter **Richard C. Holbrooke**, Sondergesandter der **USA** für Afghanistan und Pakistan

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=266&

Peter MacKay, Verteidigungsminister, **Kanada**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=258&

Joseph R. Biden, Vizepräsident, **USA**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=238&

Jahr 2008

Robert Michael Gates, Verteidigungsminister, **USA**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=216&

Franz-Josef Jung, Verteidigungsminister der **Bundesrepublik Deutschlands**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=203&

Jaap de Hoop Scheffer, Generalsekretär der **NATO**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=204&

Hervé Morin, Minister für Verteidigung, **Frankreich**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=205&

Radoslaw Sikorski, Minister für Auswärtige Angelegenheiten, **Polen**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=206&

Jahr 2007

Franz-Josef Jung, Verteidigungsminister der **Bundesrepublik Deutschlands**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2007=&menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=185&

John McCain, US-Senator (Republikaner), **USA**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2007=&menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=186&

Robert Michael Gates, Minister für Verteidigung, **USA**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2007=&menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=192&

Karel Schwarzenberg, Minister für Auswärtige Angelegenheiten, **Tschechische Republik**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2007=&menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=194&

Sergej B. Iwanow, Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Verteidigung, **Russland**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2007=&menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=196&

Jahr 2006

Angela Merkel, Bundeskanzlerin, **Bundesrepublik Deutschland**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2006=&menu_2007=&menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=170&

John McCain, US-Senator (Republikaner), **USA**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2006=&menu_2007=&menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=160&

Prof. Dr. Berisha Sali, Ministerpräsident von **Albanien**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2006=&menu_2007=&menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=174&

Donald H. Rumsfeld, Minister für Verteidigung, **USA**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2006=&menu_2007=&menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=164&

Dr. John Reid, Mitglied des Parlaments, Minister für Verteidigung, **Großbritannien**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2006=&menu_2007=&menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=165&

Jahr 2005

Gerhard Schröder, Bundeskanzler, **Bundesrepublik Deutschland**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2005=&menu_2006=&menu_2007=&menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=143&

Angela Merkel, MdB, Vorsitzende der CDU **Deutschlands**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2005=&menu_2006=&menu_2007=&menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=145&

John McCain, US-Senator (Republikaner), **USA**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2005=&menu_2006=&menu_2007=&menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=152&

Gholamali Khoshroo, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, **Iran**

http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2005=&menu_2006=&menu_2007=&menu_2009=&menu_2008=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=153&